

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Köpenickerstr. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin D 27
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5888), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Fritz Ebert †. — Der Ausklang von Dresden. — Gau-
arbeiterverbandes. — Neue Gewerkschaftsprobleme (II). — Gewerbe-
hygiene und Unfallverhütung (II). — Frauen-, Jugend- und Betriebs-
rätezeit. — Der deutsche Textilaußenhandel im Dezember und im
Jahre 1924. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekannt-
machungen.

Reichspräsident Ebert †

Soeben erhalten wir die traurige Nachricht, daß der Reichspräsident Genosse Ebert verstorben ist. Das deutsche Volk verliert in ihm ihren ersten Repräsentanten der Republik, der mit großem Geschick die Republik seit ihrem Bestehen nach innen und außen vertreten hat. Es ist ein schwerer Schlag für die Republik. Noch mehr aber verliert in ihm die deutsche Arbeiterklasse. Ebert starb auf der Höhe seines Wirkens. In der nächsten Nr. des „I.“ werden wir sein Leben und Wirken einer eingehenden Würdigung unterziehen. Für heute ist dies unmöglich, da wir uns bereits in der Drucklegung befinden.

Der Ausklang von Dresden.

Der Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes sowie des „Textilarbeiter“ waren in den letzten Wochen Gegenstand einer heftigen Kritik. Namentlich war es die sächsische Parteipresse, die den Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes und dessen Organ, den „Textilarbeiter“, besonders unter die kritische Lupe genommen hatte. Die Rede des Kollegen Schulze in Görlitz „Der Textilarbeiterverband und die Stellung zu der politischen Partei usw.“ die wir im „Textilarbeiter“ zum Abdruck gebracht hatten, und der Artikel „Bildungsfrage“ in Nr. 5 des „Textilarbeiter“ hatten Anlaß zu dieser Kritik gegeben. Dies hatte zur Folge, daß auch eine Anzahl sächsischer Filialen sich mit der Angelegenheit beschäftigten. Die sächsische Parteipresse hatte ja mit vollen Baden die Posaunen geblasen; jedenfalls in dem guten Glauben, die Mauern von Jerichow zum Einsturz zu bringen. Aber aller Kraftaufwand war umsonst veran.

Nachdem für den Gau Sachsen eine Gaukonferenz fällig war, weil an Stelle des verstorbenen Kollegen Sachse ein neuer Gauleiter gewählt werden mußte, lag es ganz nahe, daß auf der sächsischen Gaukonferenz die strittigen Punkte zum Gegenstand einer Beratung gemacht wurden. Eine gewisse Opposition hatte noch ihr übriges getan, um sich Resonanzboden für Dresden zu schaffen. Man muß sagen, am Anfang der Konferenz lag so etwas in der Luft, man fühlte, daß etwas kommen sollte, aber über den Ausgang dessen war man nicht ganz sicher. Jedenfalls waren manche mit „guten“ Vorschlägen nach Dresden gekommen. In Dresden sollte Gerichtstag sein. Ach wie so oft kommt es anders doch im Leben! Die Diskussion nach dem Referat des Kollegen Feinhals war schon, obwohl kein Grund hierfür vorhanden war, auf den Oppositionston abgestimmt. Wertlich anders wurde es, als Kollege Jäckel sein großzügiges, tief schürfendes, die wirtschaftlichen Verhältnisse offen legendes Referat hielt. Die Stimmung schlug um, bis auf wenige Unentwegte. Ja man erklärte sich grundtätig mit den Ausführungen des Kollegen Jäckel einverstanden. Aber der Ton, der Ton sei verwerflich, der im „Textilarbeiter“ angeschlagen wurde. Der Ton, den andere anschlugen, ginge uns nichts an, wir, wir hätten uns in den Grenzen der Bescheidenheit zu halten. Nach Kurt Richters Meinung soll für den „Textilarbeiter“ nicht das alte Wort gelten:

„Und schlägst du mich auf die linke Wang,
dann hau ich dir zwei auf die rechte;
so will ich's halten immerdar im irdischen Gefechte.“

Wir werden mit Kurt Richter uns nie hierüber verständigen können. Wir werden nach dem alten guten Grundsatz weiter handeln.

Daß einige Kollegen den Mut fanden, die Angriffe der Parteizeitungen auf den Hauptvorstand zu verteidigen, war immerhin eine Leistung, wenn auch keine Glanzleistung. Die Kollegen konnten doch unmöglich die Angriffe Levis auf die Gewerkschaften, die in der sächsischen Parteipresse abgedruckt worden waren, übersehen haben, die uns nötigten, gegen Levis und andere zu sagen, was notwendig war.

Durch die Annahme der an anderer Stelle zum Abdruck gebrachten Resolution ist der Hauptvorstand des Textilarbeiterverbandes glänzend gerechtfertigt worden. Die Konferenzteilnehmer standen in dem grundsätzlichen Teil mit Ausnahme einer Stimme geschlossen hinter dem Hauptvorstand. Wir können deshalb mit dem Ausgang dieses mit großer Leidenschaft geführten Kampfes zufrieden sein. Mögen aber auch die Textilarbeiter fernerhin immer geschlossen hinter dem Hauptvorstand stehen. Die Haltung des Hauptvorstandes hat zweifellos dazu beigetragen, daß eine für die Arbeiterbewegung wichtige Frage in den Vordergrund der Diskussion gestellt worden ist, deren Lösung eine dringende Notwendigkeit ist.

Beachtlich sind die Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung“ zu dem Referat des Kollegen Jäckel. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt u. a.:

„Wir verschließen uns nicht der Erkenntnis, daß durch die wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit die Bedeutung der Gewerkschaften im politischen Leben und bei allen politischen Entscheidungen eine wesentlich andere als in der Vorkriegszeit geworden ist. Heute sind noch mehr denn früher die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft verwischt. Viele die Gewerkschaften berührende wirtschaftliche und soziale Fragen können nur im politischen Kampfe einer Lösung entgegengeführt werden. Daher auch das Bestreben der Gewerkschaften, mehr Anteil am politischen Leben zu nehmen, und vor allem auch ihren Einfluß in der Sozialdemokratischen Partei zu stärken. Soweit diese gewerkschaftlichen Bestrebungen sich im Organisationsrahmen der Sozialdemokratischen Partei auswirken, haben wir gegen diese nichts einzuwenden. Wenn der Genosse Jäckel in seinem Referat sich dafür einsetzt, mit der Partei neue Formen zu schaffen, damit den Gewerkschaften eine angemessene Vertretung — gesichert wird, so muß darüber zwischen den daran interessierten Organisationen eine Aussprache stattfinden, und man muß einen Weg wählen, auf dem die Interessen weder der einen noch der anderen Organisation verletzt werden. Die radikalste Lösung wäre sicher, wenn das geflügelte Wort Bömelburgs aus der Vorkriegszeit: „Partei und Gewerkschaften sind eins“ zur Wirklichkeit würde.“

Es ist nun notwendig, daß die beiden großen Flügel der Arbeiterbewegung zu einer offenen Aussprache zusammengebracht werden, um die Form zu finden, die ein enges Zusammengehen von Gewerkschaft und Partei herbeiführen und aber auch gleichzeitig den Gewerkschaften den Einfluß sichern, der ihr als Wirtschaftsträger zugehört.

Gaukonferenz für den Freistaat Sachsen des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Am Sonntag, den 22. Februar 1925, fand im Volkshause in Dresden eine Gaukonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für den Freistaat Sachsen statt. Kollege Zwahr, Dresden, gedachte bei der Eröffnung der Konferenz der verstorbenen Kollegen, insbesondere des früheren Gauleiters Kollegen Hugo Sachse und des Kollegen Gocht, Neugersdorf, die durch ihre Tätigkeit dem Textilarbeiterverband außerordentlich wichtige Dienste geleistet haben. Im weiteren gedachte er der auf dem Schlachtfelde der Arbeit gefallenen Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Er fand recht treffende, ehrende Worte. Die Versammlung hatte sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben.

Zur Ergänzung des Bureaus wurden die Kollegen Kohlbus, Plauen, Kollegin Habertorn, Chemnitz, Kollege Paul, Dresden und Liebig, Neugersdorf, gewählt. Im weiteren wurde eine Mandatsprüfungskommission und eine Wahlkommission zur Prüfung der eingegangenen Bewerbungsschreiben für den zu besetzenden Gauleiterposten gewählt.

Feinhals, Berlin, referierte sodann über: „Die gegenwärtige Form unserer Lohnbewegung“. Er führte u. a. aus: Es ist keine dankbare Aufgabe, auch vor Funktionären über dieses Thema zu reden. Aber man muß sich klar werden, daß die Verbandsfunktionäre heute eine andere, größere Verantwortung tragen, als wie dies vor dem Kriege der Fall gewesen sei. Es ist alles anders geworden. Das, was man heute in den Versammlungen oder Konferenzen ausführt und verspricht, muß man wahr machen. Es sei deshalb wichtig, gerade in der Lohnfrage von vornherein keine Hoffnungen zu erwecken, die letzten Endes nicht in Erfüllung gehen können. Im übrigen sei wichtig, von vornherein die Stärke der Gegenseite zu prüfen, ehe man in eine Lohnbewegung eintritt. Die Treiber einer gewissen Partei haben dazu geführt, daß die Hälfte der Textilarbeiter nicht mehr organisiert ist. In Anbetracht der Höhe, die von dieser Partei gegenüber den Gewerkschaften entfaltet wurde, sei es eigentlich ein Wunder, daß die Gewerkschaften noch derart intakt geblieben sind. Vor allen Dingen sei von den Funktionären zu beachten, daß sie nicht auf diese Höhe hereinfielen. Es sei verkehrt, jeden Mißerfolg bei Lohnkämpfen auf Unfähigkeit oder Untüchtigkeit der Verbandsleitung zurückzuführen, ohne die eigentliche Schwäche zu beachten. Durch eine grundlose, unberechtigte Kritik seien die Verbandsfunktionäre herabgesetzt worden, wodurch die Arbeitnehmerschaft schwer geschädigt worden sei. Er verweise ferner darauf, daß bis zum Jahre 1923 die Textilarbeiter mit ihren Löhnen an der höchsten Stelle standen. Die Löhne der Textilarbeiter waren höher als die der Metallarbeiter. In Sachsen ist dieses besonders festgestellt worden. Damals war freilich die Gesamtheit der Textilarbeiter organisiert. Die Organisation der Textilarbeiter sei stark zurückgegangen. Die Folge davon sei, daß die Textilarbeiter heute beinahe am Schwanz der Löhne aller Arbeiter ständen. Gerade hierdurch wird am besten und deutlichsten gezeigt, daß, je geloderter die Organisation einer Arbeitergruppe ist, um so niedriger auch deren Löhne sind. Feinhals gab hierauf Anregungen, wie man vieles besser machen müsse. Er gab eine Reihe taktischer Fingerzeige, die außerordentlich wertvoll für die Vorbereitungen von Lohnbewegungen sind. Am Schluß seiner Ausführungen betonte er aber nochmals besonders, daß eine innere starke Disziplin notwendig sei; die Mitglieder und Funktionäre müssen sich den Verbandsbeschlüssen unterordnen. Die Führer aber selbst müssen verstehen, ihren Willen durchzusetzen. Er besprach dann noch die Frage des Achtstundentages und des Volkswirtschafts und schloß mit den Worten: „Nur derjenige, der Vertrauen zu seiner Kraft hat, wird auch sein Ziel erreichen.“ (Beifall.)

Als erster Diskussionsredner sprach Richter, Leipzig. Im Gefühl ständen sie bei den Massen, aber der Vorstand sage ihnen, daß sie oft gegen die Massen stehen müssen. Es sei furchtbar schwer, die Massen so zu erziehen, daß sie nicht gegen uns kämpfen. Dannert, Großschönau, kritisierte den Schiedsspruch in Ostfriesland. Ullig, Plauen (Kommunist): Die Massen glauben nicht mehr an die Organisation. Die Schlichter fällen Schiedssprüche, die den Interessen der Organisation entgegenstehen. Der Rückgang der Mitgliederzahlen sei nicht die Schuld der kommunistischen Agitation. Es könne nicht angehen, daß, wenn ein Kollege an der Organisation sich Kritik zu üben erlaubt, er vom Vorstand ausgeschlossen würde. Kollegin Krummschmidt, Dresden, besprach die Aufgaben der Frauenkommissionen in der Frage der Arbeitszeit. Graupe, Zwickau: So wie bisher kann es nicht weitergehen, daß die Tarife auf zentraler Grundlage abgeschlossen werden. Es sei dies eine Gefahr für

die Entwicklung der Löhne für Facharbeiter. Er schlägt vor, daß man in Zukunft Wert darauf lege, Branchentarife abzuschließen. Im ferneren bemängelt er, daß nach Einführung der Rentenmark der Beitrag zu niedrig festgelegt worden sei (dabei zählt Zwickau den niedrigsten Beitrag im gesamten Verbandsgebiet). Nachdem noch Arnold, Neßthau, gesprochen hat, erhielt Kollege Feinhals das Schlusswort.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Wahl des Gauleiters.“ gab Kollege Wolfram, Zschopau, den Bericht von der Wahlkommission. Er betont die Wichtigkeit dieses Punktes im besonderen, indem der Gau Sachsen beinahe die Hälfte der gesamten Verbandsmitglieder in sich schließt. Es könne deshalb nur ein Mann den Gau führen, der gute moralische und praktische Qualitäten besitze. Aus den eingegangenen Bewerbungsschreiben, die sie eingehend durchgeprüft haben, bringe die Kommission zwei Kollegen in Vorschlag, die man zur engeren Wahl stellen wolle. Es seien dies die Kollegen Hugo Sejnert und Gustav Zwahr, Dresden. Der Kollege Zwahr sei schon in Ostfriesland viele Jahre als Gauleiter und früher als Geschäftsführer tätig gewesen. Bevor man zu dem Wahlschritt, erstattete die Mandatsprüfungskommission noch Bericht. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß 137 Delegierte anwesend waren. Schirmer kritisiert, daß ein Delegierter darunter sei, der auch gleichzeitig Vorsitzender einer Filiale sei, in einer der besten Berufsgruppen arbeite und nur 20 Pf. Beitrag bezahle. Die Mandatsprüfungskommission schlage vor, daß man den Kollegen Grosch von den Abstimmungen ausschliesse. Wolfram, Zschopau, beantragt, da Grosch nicht den statutenmäßigen Beitrag bezahle, ihn von der Tagung auszuschließen. Es wurde dementsprechend beschlossen. Bezeichnend war, daß Grosch Mitglied der kommunistischen Partei ist.

Nummer nahm der Verbandsvorsitzende Jäckel das Wort zu seinem Vortrag: „Die politischen Interessen des Deutschen Textilarbeiterverbandes.“

Jäckel hielt ein großzügiges und von Wissen getragenes Referat. Er zeigte vor allen Dingen, wie revolutionierend der Krieg auf die gesamte Welt gewirkt habe. Das gesamte Kräfteverhältnis der Wirtschaft habe sich verschoben. Die Große französische Revolution habe seinerzeit ganz Europa in ihren Bannkreis gezogen. Aber der Krieg von 1914 habe die weltwirtschaftlichen ökonomischen Grundfesten umgestellt.

Wir stehen deshalb vor der Lösung neuer wichtiger Probleme.

Es hat wohl noch keine Periode der Zeit gegeben, welche so tief einschneidende Probleme bisgelegt resp. zur öffentlichen Diskussion gestellt habe, wie die Zeit, in der wir leben. Diese Probleme werden nicht nur zur Diskussion gestellt, die Zeit fordert gebieterisch deren Lösung. Die Welt hat sich von Grund aus verändert, ohne daß diese Veränderung, ganz besonders in Deutschland, allen Volksteilen zum Bewußtsein gekommen ist. Wir kommen wiederholt in Widerspruch mit den Anschauungen der Vorkriegszeit. Viele glauben an dem Alten festhalten zu müssen, sie sind konservativ geworden. Wir haben die Pflicht, aus den großen Umgestaltungen, die sich in der Weltwirtschaft vollzogen haben, unsere Schlüsse zu ziehen und sie den Massen zum Bewußtsein zu bringen. Die Stellung der Gewerkschaften zu der politischen Partei ist durch die revolutionäre Wirkung des Krieges eine andere geworden. Das wissenschaftliche Organ der Partei, „Die Gesellschaft“, hat durch die Feder Hüfners auf das Gewerkschaftsproblem hingewiesen. Hüfner habe dieselbe Anschauung wie er und andere. Wir sind in der Organisation verpflichtet, keine Frage der Zeit vorübergehen zu lassen, um nicht zu ihr Stellung zu nehmen. Es sei bezeichnend, daß in Sachsen gewisse Kreise eine andere Stellung einnehmen und glauben damit radikal zu erscheinen. Im Vorstand sei man sich über die Frage der Stellung der Gewerkschaften zur Partei vollkommen einig. Er sei nicht der Kraftmensch, der die anderen unterordnet und ihnen seine Meinung aufzwingt. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes habe Leute, die als Persönlichkeit denken gelernt haben. Die ganze Problemstellung ergäbe sich aus der Entwicklung. Das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie stehe im Mittelpunkt des sozialistischen Klassenkampfes. Die Gewerkschaft wird genötigt, nachdem die Wirtschaft im Mittelpunkt dieser Fragen steht, sich politisch zu betätigen. Das Kapital repräsentiere die großen Organisationen der Arbeitgeber. Die Organisationen der Arbeiter repräsentieren die Kräfte der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften können nicht mehr wie in der Vorkriegszeit behandelt werden, sie sind die Träger der Wirtschaft und müssen als solche entscheidend mitwirken können. Das Resultat kann nicht sein, eine neue Gewerkschaftspartei zu gründen, sondern es muß ein Organismus geschaffen werden, in dem beide Organisationen verbunden entscheiden. Er erinnere an den Ausspruch Bömelburgs: „Gewerkschaften und Partei sind eins!“ Man habe in Sachsen auf die österreichischen Verhältnisse hingewiesen, leider aber vergessen zu sagen, daß in Oesterreich die Verhältnisse zwischen Partei und Gewerkschaft grundlegend andere sind. Dabei sei zu beachten, daß in Oesterreich die Arbeiterkraft durch den Krieg nicht gespalten worden sei. Der organisatorische Aufschwung zwischen Partei und Gewerkschaft sei in Oesterreich ganz anders. Auf dem österreichischen Parteitag sprechen die Gewerkschaften mit, sie haben dort Sitz und Stimme. Was würden die Seidewirke dazu sagen, wenn wir in Deutschland das gleiche verlangen würden? An dem österreichischen Parteitag haben 120 Gewerkschaftsfunktionäre teilgenommen. Welche Schwierigkeiten hätten wir zu überwinden, wenn wir dieselben Verhältnisse auf Deutschland übertragen wollten. Jäckel kommt hierauf auf die wirtschaftliche Seite zu sprechen. Er verweist auf das Dawes-Gutachten und seine Wirkung. Das Dawes-Gutachten ist aufgebaut auf der Exportförderung. Ohne Export keine Reparationszahlung. Nur im Warenaustausch können Reparationen geleistet werden. Er verweist im ferneren auf die Veränderungen in der Textilindustrie, auf die Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte. Die englische Textilindustrie habe bis vor dem Krieg 6 Proz. ihrer Erzeugung in ihre Kolonien geliefert. In den englischen Kolonien sei man drauf und dran, sich kapitalistisch einzustellen und selbst zu produzieren. Indien habe in vier Jahren so viel Baumwollspindeln aufgestellt, als wie Deutschland in einer Zeit von 50 Jahren. In Indien entwickelte sich eine starke Zuteindustrie. Indien habe bisher die ganze Welt mit Zute versorgt.

Als in England die Textilindustrie am Erliegen war, hat England in großen Mengen Textilmaschinen hergestellt und sie nach China, Japan, Indien usw. ausgeführt. Heute bringe man die Maschinen in die Länder, wo die Rohstoffquellen sind. Dieses ergibt, daß die Konkurrenz eine größere wird, der Export zurückgehen muß.

Das europäische Kapital hat jetzt das Problem zu lösen: Wie bleibt die Konkurrenzfähig? Deshalb der Drang danach, Qualitätsarbeit zu liefern. Er verweise dann weiter auf die organische Entwicklung der Industrie, auf die Konzernbildung auf vertikaler und horizontaler Grundlage. Zweifellos will das Unternehmertum durch die Konzernbildung die Konkurrenzfähigkeit heben.

Wirtschaftsfriedliche und Kommunisten sind Feinde der Arbeiterschaft. Deshalb gibt jeder seine Stimme der Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes

Organisierte kapitalistische Wirtschaft ist das Ziel jener Konzernzusammenballungen. Sie wollen hierdurch die Grundlage der Wirtschaftlichkeit erhalten. Zweifellos ist dieses eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus. Diese Organisationen stellen die Arbeiterklasse vor Probleme, die gelöst werden müssen, und sie fordern mit Naturnotwendigkeit die Wirtschaftsdemokratie. Organische und wissenschaftliche Anwendung der Arbeitskraft ist eine weitere Folge. Wir haben in Amerika wirtschaftliche Studienkommissionen. Deutschland muß gleiches tun. Die gegenwärtige reaktionäre Regierung hat sich bereits mit dieser Frage befaßt und die Gewerkschaften eingeladen, mitzuarbeiten. Man braucht also die Gewerkschaften. Die Entwicklung drängt mit Sturm auf die

Wirtschaftsdemokratie

zu. Es ergibt sich aber daraus, daß eine geordnete kapitalistische Wirtschaft nicht mehr mit den alten Mitteln bekämpft werden kann. Deshalb brauchen wir andere Kampfmittel. Die Gewerkschaften müssen in die Arena des politischen Kampfes treten. Bezüglich der Frage des Klassenkampfes betont er ausdrücklich, daß, solange es Klassenkampf gibt, der Klassenkampf eine Naturnotwendigkeit ist. Die gewerkschaftlichen Kämpfe beweisen dieses am besten. Man braucht aber dabei nicht immer an den Streik oder gar an den Generalstreik zu denken. Jädel zitiert besonders einen Artikel der Gesellschaft von Hilsberg und zeigt damit schlagend, daß nicht der Vorstand des Textilarbeiterverbandes und besonders er der einzige Keher ist, sondern beinahe die ganze Sozialdemokratie ist eine einzige Kehergesellschaft. Das Problem der Wirtschaftsdemokratie sei ein durchaus revolutionäres. Die Gewerkschaften sind die Träger des Wirtschaftsgedankens, und sie müssen deshalb der Mittelpunkt der Politik sein. Es gibt keine politische Frage, die nicht die Wirtschaft berührt. Deshalb gebührt den Gewerkschaften der politische Einfluß. Die Partei würde zugrunde gehen, wenn sie sich dem widersetzen würde. Nicht die Partei spalten und auseinanderreißen ist es, was wir wollen, sondern das Ziel zu erreichen suchen: Partei und Gewerkschaften sind eins! Da wir uns wirtschaftspolitisch betätigen müssen, muß die Gewerkschaft mit der Partei neue Formen schaffen, um eine angemessene Vertretung den Gewerkschaften zu sichern. Uns kommt es darauf an, die Partei in diese Bahn zu lenken. Sorgen wir dafür, daß der Deutsche Textilarbeiterverband über diese wichtigen Fragen einig geht. Neugestaltung der Verhältnisse, Partei und Gewerkschaften sind eins!

Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf gab der Kollege Wolfram, Japanau, das Wahlergebnis bekannt. Von 119 Stimmzetteln waren 3 unbeschrieben. Von den übrigen erhielt der Kollege Zwahr 104 und der Kollege Senfert 12 Stimmen. Die Kommunisten hatten eine Erklärung abgegeben, in welcher sie sagten, daß sie sich der Abstimmung enthielten.

Zum Referat Jädel lag folgende Resolution vor: Die von 137 Delegierten aus allen Teilen des Freistaates Sachse beschickte Konferenz bekennt sich zu den Auffassungen des Verbandsvorstandes in Sachen der Ausgaben und Stellung des Gewerkschaften im allgemeinen und des Deutschen Textilarbeiterverbandes im besonderen im politischen Kampf. Sie erkennt, daß die Lösung des gewerkschaftlichen Problems nur erfolgen kann durch absolut gleichberechtigte und entscheidende Mitwirkung der Gewerkschaften bei Behandlung aller politischen Fragen, einschließlich der parlamentarischen Repräsentation, im Rahmen der aufs innigste verbundenen Organisationen von Gewerkschaft und Partei. Die Konferenz betont auf das nachdrücklichste, daß mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Entwicklung und Umwälzung die Lösung des Problems immer dringender wird. Sie fordert deshalb von Gewerkschaft und Partei intensiver Tätigkeit im Sinne der Auffassungen unseres Verbandsvorstandes. Gleichzeitig erklärt die Konferenz, daß die Herabsetzung der Verbandsleistung durch einige Blätter der sozialdemokratischen Partei durchaus zu verurteilen ist. Die Funktionäre des Verbandes haben für die nötige Aufklärung zu sorgen. Jädel.

Als erster Diskussionsredner sprach Richter, Leipzig. Er glaubt zwischen den Referaten der Kollegen Schulz und Jädel einen Unterschied herauszufindern. An der Kritik durch die sächsische Parteipresse sei der Zentralvorstand schuld. Im weiteren verteidigt er Sterns Auffassung auf den Bildungstufen. Kunze, Zittau, verteidigt die Auffassung des Vorstandes. Währenddem Schulz, Chemnitz, glaubt, sich für das „Sächsische Volksblatt“ einzusetzen, das mit seiner Kritik sich in der Abwehr befindet habe. Graupe, Zwickau: Wie Jädel das Problem gestellt habe, so bestände wohl in der Auffassung Einmütigkeit. Es käme nur darauf an, wie man die Sache zur Diskussion stelle. Schulz, Berlin, verteidigt seine Auffassung gegenüber dem „Sächsischen Volksblatt“. Er sei in Götting gezwungen gewesen, seinen Vortrag von anderen Grundfragen aus zu halten. Auf Grund des jahrelangen Kampfes der sächsischen Parteipresse gegen den Vorstand des Textilarbeiterverbandes sei er gezwungen gewesen, diese Dinge zu berühren. Jädel sei in der schlimmsten Weise in der sächsischen Parteipresse kritisiert worden. Der Streit liege tiefer. Er habe seinen Ausgang in der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Dresse, Berlin, stellt fest, daß er für die Artikel des Kollegen Schulz sowie für die Bildungsartikel gegenüber den Stern-Kursen die volle Verantwortung trage. Er habe es ja in der Hand gehabt, die Artikel zusammenzutreiben, nachdem er sich mit den Verfassern über diese Frage verständigt habe und ihm von vornherein das weitgehendste Recht der Kürzung der Artikel zugestanden worden sei. Er habe aber gerade für notwendig gehalten, die Artikel in dieser Weise hinausgehen zu lassen. An der Hand von einer Reihe von Beispielen zeigt er, daß die Stern-Kurse stark zur Verwirrung der Mitglieder beitragen müßten. Die Textilarbeiterchaft in Sachsen sei durch die Politik, die man in den letzten Jahren zu treiben beliebt habe, in der schlimmsten Weise gefährdet worden. Es spreche noch die Kollegen Müller und Wolfram. Darauf erhält Jädel das Schlusswort. Ueber die Resolution wird auf Antrag des Kollegen Graupe getrennt abgestimmt. Der erste grundlegende Absatz wird gegen eine Stimme und der zweite gegen 11 Stimmen angenommen. Nach Entgegennahme einiger Mitteilungen kam man zum Schluß der Konferenz. Mit einem anfeuernden Schlusswort durch den Kollegen Zwahr wurde die bedeutungsvolle Konferenz geschlossen.

Neue Gewerkschaftsprobleme.

Von Faver Kamrowski, Berlin.

II.

Die Erkenntnis zieht immer weitere Kreise, daß die gegenwärtige privatkapitalistische, vom Individualismus beeinflusste Produktionsmethode, schon bei ganz oberflächlicher Untersuchung, überaus unwirtschaftlich ist. Bei der Sorge um Erhaltung des Privatkapitals, Steigerung der Profitrate gehen auf der anderen Seite unberechenbar große Werte, vergrößert in der menschlichen Arbeitskraft, verloren, völlig nutzlos zugrunde. Das Gesetz der Wirtschaftlichkeit vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft gebietet: Menschliche Ökonomie. Die Behandlung der Einzelheiten der aus der Lohnarbeit sich ergebenden Unwirtschaftlichkeit würde diesen Rahmen zu weit übersteigen. Jedoch sei nur folgendes gesagt: Eine nach biologischen Gesetzen unter vollster Entfaltung der menschlichen Leistungsfähigkeit organisierte Produktion verhält sich in ihrem Endergebnis wie die höchst unwirtschaftliche Sklavenarbeit des alten Rom zu den Leistungen der heutigen Lohnarbeit. Dem Gewerkschaften als Vertre-

tung der Wirtschaftsmacht Arbeit ist die Aufgabe gestellt, die Produktionsform, in der höchste Wirtschaftlichkeit und höchste Gerechtigkeit walten, zur Entfaltung zu bringen.

In Verbindung mit den Darlegungen über höchste Wirtschaftlichkeit der Produktion bildet eines der wichtigsten Probleme für die Arbeiterbewegung die Frage der Erwerbung von Sachgütern sowie die mehr oder minder direkte Ausübung der Güterproduktion durch die Gewerkschaften selbst. Gewiß schreden alte Vorbilder, die Resultate der Produktionsgenossenschaften, auch ist unser Konsumgenossenschaftswesen nicht immer auf der Höhe, als vorbildlich zu nennen. Aber vielleicht schärfen wir unsere Blicke nach dieser Richtung etwas mehr als bisher. Obwohl noch dieser Richtung eine systematische Erziehungsarbeit nicht gerade geleistet worden ist, so sind doch einige recht befriedigende Resultate zu verzeichnen. Die Hamburger „Produktion“, eine Schöpfung der Hamburger Gewerkschaften, gegründet von dem hervorragenden Gewerkschaftsführer von Elm, kann sich auf dem Gebiete der Warenproduktion wie der Warenverteilung gewiß sehen lassen. Die ausgesprochenen Unternehmungen der Konsumgenossenschaften will ich in diesem Zusammenhange gar nicht nennen. Die Hamburger „Produktion“ ist aus dem Bewußtsein der Macht der Arbeit hervorgegangen. Zweifellos ein glänzendes Zeugnis schöpferischer Kraft und Fähigkeit der Hamburger Gewerkschaften. Und sind nicht unsere Gewerkschaftshäuser, unsere Zeitungsdruckereien, unsere Verlagsanstalten ein weiteres wertvolles Zeugnis für unser produktionstechnisches Können? Welche bedeutungsvolle Produktionsleistung auf dem Gebiete der Wohnungsproduktion verbirgt sich hinter den vom Deutschen Baugewerksbund ins Leben gerufenen „Sozialen Bauhütten“? In der Produktion von Wohnungen durch die „Sozialen Bauhütten“ wird die Macht der Arbeit den kapitalistischen Baulöwen schwer fühlbar. Haben wir da nicht

Kommunisten und Betriebsratswahlen.

Die Niederlage der Kommunisten bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 hat diese fast um jeden politischen Einfluß gebracht. Durch die Betriebsratswahlen wollen die Kommunisten einen Ausgleich herbeiführen. Sie arbeiten mit Hochdruck, um die Betriebsratswahlen für sie zu einer günstigen Entscheidung zu bringen. „Betriebsratswahlen sind wichtiger als Reichstagswahlen“, so lautet die neueste Parole. Die Betriebsräte sollen nicht die Interessen der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern vertreten, sondern sie sollen zu einem Organ herabgedrückt werden zu dem Zweck, um der kommunistischen Partei Hilfsdienste zu leisten. Mit Hilfe der Betriebsräte will die K.P.D. ihre verbrecherischen Pläne verwirklichen; die Arbeiterschaft in sinnlose Kämpfe führen, um sie dann der Bourgeoisie auszuliefern. Die Textilarbeiterchaft muß in geschlossener Front gegen die Absichten der K.P.D. sich zur Wehr setzen.

Deshalb gilt es, bei den Betriebsratswahlen reinen Tisch zu machen. Keine Stimme der kommunistischen Vorschlagsliste! Gebt eure Stimme nur der Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiterverbandes!

allen Anlaß, derartige nachweisbar erfolgreiche Bestrebungen mit allen Mitteln zu unterstützen und zu fördern? Ist das nicht ein ebenso erfolgreicher Weg, dem Kapital oder vielmehr dem kapitalistischen Unternehmer den durch die Arbeit erzeugten Mehrwert erheblich zu kürzen oder gar restlos zu nehmen? Gewiß wird es auf dem einen Produktionsgebiet leichter, auf dem anderen schwieriger sein, durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Unsere bisherige Einstellung, monach die Lösung der sozialen Frage von den gesetzgebenden Faktoren, von den behördlichen Verwaltungskörperchaften erwartet, verlangt wurde, hat unsere Aufmerksamkeit von vielen Dingen des praktischen Lebens, vornehmlich der Frage der Vernehmung wie Ausübung der Produktion von Sachgütern völlig abgelenkt. Schüchtern, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, erwerben die Gewerkschaften Sachgüter in Gestalt von Verbandshäusern. Die nach der Inflation gegründete Gewerkschaftsbank hätte gewiß schon in der Vorkriegszeit bestehen können und der aus dem Bankbetrieb gewonnene Nutzen zur Stärkung der Macht Arbeit Verwendung finden können. Der wirksamste Kampf gegen das mächtige Bankkapital ist die Entziehung der Depositen, und in der Vorkriegszeit, wo wir in Versammlungen das Bankkapital schwer bekämpften, verwalteten und arbeiteten die Banken mit Millionen von Gewerkschaftsgeldern. Der Name Stinnes löst in uns keine angenehmen Gefühle aus, und doch zeigte Stinnes die Wege zur Machterweiterung wie kein zweiter. Mit der Erweiterung seiner Macht auf den verschiedensten Gebieten der Produktion erweiterte Stinnes zugleich so ganz zwangsläufig auch seine Macht über die in seinen Machtbereich, seinen Bann geratenen intellektuellen Kreise und stabilisierte dadurch die Macht des Kapitals auch auf anderen Gebieten, nicht zum mindesten dem politischen Gebiete. Politik war von jeher der Reflex der Wirtschaftsmacht.

Damit soll und kann nicht gesagt sein, daß die Erziehung der privaten Kapitalwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft nach privatwirtschaftlichem Muster „Marx's Stinnes“ erfolgen solle oder könnte. Für die Arbeiterchaft, die den dauernden Gewinn in der Befreiung von der Lohnarbeit findet, wäre durch solches Beginnen der Gewerkschaften, selbst wenn dazu die Bedingungen gegeben wären, nichts gewonnen, wenn nicht zugleich in der von den Gewerkschaften geleiteten Produktion an Stelle des Individualismus der Sozialismus tritt. Die Gemeinwirtschaft setzt den Sozialismus voraus. Die vom individuellen Besitz der Produktionsmittel losgerissene Arbeiterchaft ist durch die Gewerkschaften als der Vertretung der produktiven Arbeit in den Kollektivbesitz an Produktionsmitteln wie dazu geeigneten Sachgütern zu setzen. Die Formen, in denen solches geschieht oder geschehen kann, werden entsprechend den Verhältnissen sehr verschiedene sein. Entscheidend für die praktische Verwirklichung des Begriffes Kollektivbesitz ist die uneingeschränkte Nutzung oder Anteilnahme an der vom Sozialismus beeinflussten gemeinwirtschaftlichen Produktion. Der in der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise bis zur höchsten Potenz entwickelte Individualismus hat leider auch in den breiten Volksmassen, insbesondere der sozialistischen Ideenvelt fernstehenden Arbeiterchaft beherrschenden Einfluß. Es gilt da, Sinn und Verständnis für Gemeinwirtschaft zu wecken, die verschütteten Quellen des Gemeinnes, des Sozialismus wieder freizulegen.

Theoretisch war unsere Formel: Kapitalismus, Imperialismus, Weltkrieg, Revolution, Sozialismus glänzend einleuchtend, geeignet, die Arbeitermassen zu begeistern, praktisch führte sie zur Enttäuschung. Weniger Theorie, mehr Praxis muß es heute heißen. Praktische Erweiterung unserer Wirtschaftsmacht, der Macht der Arbeit auf allen Gebieten der Volkswirtschaft wie des Gesellschaftslebens, sind die von den Gewerkschaften in nächster Zukunft zu lösenden Probleme.

Gewerbehygiene und Unfallverhütung.

II.

Wir wenden uns dem zweiten Teil zu, der die Gefährdung des Arbeiters durch chemische Gifte umfaßt. Man bezeichnet diese Stoffe mit einem Sammelnamen als gewerbliche Gifte. R. B. Lehmann kennzeichnet die gewerblichen Gifte als „diejenigen Stoffe, die in den Fabriken bei den üblichen Methoden der Arbeit bei Verstoß oder Unglücksfällen auf chemischem Wege die Gesundheit der Menschen bedrohen“, und hat damit den Begriff vielleicht noch etwas zu eng gefaßt. Diese Gifte müssen durch die natürlichen Aufnahmewege in den Körper gelangen, entweder eingeatmet werden (Dämpfe), oder durch den Verdauungskanal in ständig kleinen Mengen von beschmutzten Fingern oder dergleichen aufgenommen werden oder schließlich auf die verletzte oder unversehrte Haut lokal einwirken.

Die giftigen Gase werden oft in erheblichen Mengen aufgenommen und können dann zu schweren Vergiftungen Anlaß geben, wie etwa die Vergiftungen mit Schwefelkohlenstoff, Blausäuredämpfen, Arsenwasserstoff, Kohlenoxyd, Leuchtgas, um nur wenige der wichtigsten zu nennen. Hier kommt es in der Regel zu akuten Erkrankungen, die als Betriebsunfälle zu gelten haben und dementsprechend bei der Unfallversicherung Berücksichtigung finden. Viel häufiger sind aber die gewerblichen Vergiftungen, die durch fortgesetzte Berührung mit den giftigen Stoffen stattfinden. Das bekannteste Beispiel hierfür bildet die gewerbliche Bleivergiftung. Abgesehen davon, daß minimale Mengen von Bleisalz auch eingeatmet werden, kommt die Vergiftung wohl in wesentlichen dadurch zustande, daß die geringen an den Händen noch haftenden Bleipartikelchen im Laufe der Beschäftigung auf natürlichem Wege in den Mund und den Verdauungskanal kommen, allmählich resorbiert werden und mit dem Blutstrom in die verschiedensten Gewebe des Körpers gelangen. Manche Stoffe können auch durch die unversehrte Haut in den Körper gelangen; hier sei an das Quecksilber erinnert, das ja auch zu therapeutischen Zwecken in die Haut in Form von Quecksilberfetten eingerieben wird. Immerhin ist diese Form der Aufnahme im Gewerbeleben nicht sehr häufig; die Quecksilbervergiftungen kommen vielmehr durch die Einatmung der Quecksilberdämpfe zustande. Manche Gewerbebetriebe machen sodann keine Allgemeinerkennungen, sondern wirken rein örtlich auf die Hautstellen, mit denen sie unmittelbar in Berührung kommen; hierher gehören die zahlreichen Stoffe der chemischen Industrie, die eine Ätzwirkung haben, wie die starken Mineralsäuren (Salpeter- und Schwefelsäure) oder Etzeme verursachen wie zahlreiche Leer- und Erdölprodukte. Besonders bekannt sind die Berührungen, die durch Chromsäure und ihre Salze hervorgerufen werden und oft zu tiefgehenden Geschwüren der äußeren Bedeckung führen. Weitere etzartige Ausschläge kommen bei Buchdruckern vor und werden auf die Verwendung schlechten Terpentin- und Kiendöls zurückgeführt, auch Maurer und Zementarbeiter werden von Hautausschlägen (Zementtrage) oft heimgequält. Dabei zeigt sich, daß die einzelnen Menschen sehr verschieden auf alle diese Schädlichkeiten reagieren; die einen neigen leicht dazu, die anderen gar nicht. Hier liegt eine verschiedene Empfindlichkeit vor, wie wir sie auch von den zu Arzneizwecken viel gebrauchten Chemikalien (Chinin, Morphium, Salzsäure usw.) kennen.

Die Bekämpfung der Schädlichkeiten, die dauernd von den Fabrikgassen drohen, erfordert in erster Linie eine sorgsame Beachtung der hygienischen Maßnahmen, die für alle Giftbetriebe genau vorgeschrieben sind, vor allem die Einhaltung der persönlichen Sauberkeitsmaßnahmen. Hände und Gesicht müssen vor allen Mahlzeiten gründlich gewaschen werden, die Arbeitskleider dürfen nicht in der Wohnung weitergetragen werden, wie es die Bescheidenheit des einzelnen, der die Mühe des Umziehens scheut, leider oft genug geschehen läßt. Die persönliche Sauberkeit des Arbeiters zusammen mit einer gewissen Kenntnis über die Art der Gefahren, die bei Vernachlässigung dieser hygienischen Erfordernisse drohen, sind die besten Schutzmittel gegen die Gewerbebetriebe, sie können schon dadurch viel von ihren Gefahren für Leben und Gesundheit verlieren. Daß einige Gewerbebetriebe, wie Blei, Arsen, Phosphor, Quecksilber, trotzdem noch zu chronischen Erkrankungen Anlaß geben, liegt in der Natur der giftigen Stoffe begründet, die leider in der Industrie durch andere nicht ersehbar sind. Spezielle Schutzmaßnahmen, die die Trennung der Giftstoffe vom Arbeitsraum möglichst erstreben, Abzugsvorrichtungen für Giftgase, Respiratoren und Schutzbrillen für die Augen müssen natürlich je nach der Art des Betriebes die persönliche Prophylaxe des einzelnen ergänzen. Die Hauptfrage bleibt aber immer das Verständnis und der Wille des Arbeiters, die Reinlichkeits- und Vorsichtsmaßnahmen im eigenen Interesse gewissenhaft durchzuführen. Da erfahrungsgemäß überall in der Gefahr eine gewisse Gleichgültigkeit dagegen einzutreten pflegt, müssen immer von neuem die Vorschriften in das Gedächtnis der Arbeiter zurückgerufen werden, muß immer wieder zur Reinhaltung der Haut, der Hände und des Gesichts, der Bart- und Kopfschneise angehalten werden, ebenso wie der Wechsel der Arbeitskleidung vor dem Essen und vor dem Verlassen der Arbeitsstätte unbedingt allen Beteiligten zur Pflicht gemacht werden muß. Ist erst einmal die chronische Vergiftung eingetreten, etwa die Bleivergiftung, mit allen ihren Symptomen an Gelenken und am Verdauungskanal, an Blutbildungsstätten und Nieren, so ist es meist zu spät. Darum gilt hier ebenso wie bei der Bekämpfung der Infektionskrankheiten, daß die Verhinderung, die Prophylaxe, besser als die beste Krankheitsbehandlung ist.

Auf Einzelheiten der zahlreichen Stoffe, die als Fabrik- oder Gewerbebetriebe in Frage kommen, sei hier nicht eingegangen; es würde uns in dieser Zusammenfassung viel zu weit führen. Die Reihe der Gewerbebetriebe ist schon heute unüberschaubar und weicht sich mit dem weiteren Ausbau der chemischen Industrie ständig. Aus der Gruppe der Metalloide kommen die Halogenverbindungen, ferner Schwefel, Schwefelwasserstoff, Schweflige Säure und Schwefelsäure, Salpetersäure, Phosphor, Arsen, Antimon hauptsächlich in Frage, von den Metallen vor allem Blei, Quecksilber, Kupfer, Chrom, die anderen Schwermetalle erst in zweiter Linie; aus der Gruppe der organischen Stoffe spielen sowohl Stoffe der Fettsäure (Methan, Benzin, die Alkohole, Phosgen, Schwefelkohlenstoff, Zyanverbindungen usw.) wie auch zylische Verbindungen (Benzol, Naphtalin, Anthrazen) und die davon abgeleiteten Verbindungen der Teerdestillate, Nitrobenzol, Nitrotoluol und viele andere) als Gewerbebetriebe eine mehr oder minder große Rolle. Die schwere Phosphormerke, die schweren Vergiftungserkennungen, die Arsen und Arsenwasserstoff hervorgerufen, die Quecksilbervergiftungen der Feuertöchter, der Arbeiter in Spiegelbleifabriken und anderer Berufe, die große Zahl der Bleivergiftungen bei Schriftsetzern, Schriftgießern, Spenglern, Malern, Buchdruckern und vielen mehr ist hier zu nennen; auch die Vergiftungen durch organische Stoffe, etwa die durch Tetrachlorbleifluorid und andere gechlorte Kohlenwasserstoffe, durch Methylnaphthalol, Schwefelkohlenstoff, Blausäure und andere Zyanverbindungen, die in der chemischen Technik eine Rolle spielen, hervorgerufenen Gewerbevergiftungen sind hier anzuschließen, ebenso wie die zahlreichen Teerdestillationsprodukte, die durch andere Produkte überhaupt nicht zu ersetzen sind und in vielen Industrien der Arzneimittel- und Farbenfabrikation als Ausgangsmaterial an erster Stelle stehen, zu gewerblichen Vergiftungen nicht selten Anlaß geben.

Frauen-, Jugend- und Betriebsrateteil

Unsere Forderungen für Schwangere und Jugendliche vor dem Reichstage.

Vor kurzem hat sich der Reichstag bei der Beratung des Etats endlich auch mit den von unserer Organisation erhobenen Forderungen beschäftigt. Die die Forderungen vertretende Rednerin legte die vom Verband hergestellten photographischen Aufnahmen schwangerer Arbeiterinnen an Textilmaschinen auf den Tisch des Hauses nieder. Damit war den Vertretern aller Parteien, auch den Vertretern großindustrieller Betriebe im Reichstage Gelegenheit gegeben, den ganzen Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Bilde vor sich zu sehen. Einer Wirtschaftsordnung, die sich nicht scheut, die Trägerinnen der Zukunft des Volkes auszubenten noch im höchsten Stadium ihres Zustandes. Einer Wirtschaftsordnung, welche die Arbeiterinnen so schlecht entlohnt, daß sie arbeiten müssen, oft bis zuletzt, um die Mittel für den Eintritt eines neuen Menschen ins Leben aufzubringen, der wieder nur Ausbeutungssobjekt für die Kreise wird, welche seiner Mutter die Qual bereitet, im schwangeren Zustande arbeiten zu müssen. Ob die Vertreter des Kapitals wohl Scham über diesen Widerstand empfinden haben?

Die Rednerin forderte eine wesentliche Verbesserung der Wochenhilfe und der Wochenfürsorge. Sie hielt eine Erhöhung der Sätze der Wochenhilfe von zunächst 50 Proz. für dringend erforderlich, weil die jetzt in der Fürsorgepflichtverordnung vorliegenden Reichsgrundsätze völlig unzulänglich sind. Sie beantragte deshalb namens der sozialdemokratischen Fraktion die Wochenfürsorge aus der Fürsorgepflichtverordnung („Text.-Arb.“ Nr. 5) herauszunehmen und sie wieder auf das Reich zu übernehmen, weil es Sache des Reiches, nicht der Krankenkassen sein muß, die Wochenfürsorge zu übernehmen. Sie forderte die Einführung fester Sätze für die Wochenfürsorge, das Recht der Frauen auf Wochenfürsorge und vom Reich die Pflicht der Fürsorge für alle Frauen gesetzlich festgelegt. Ferner forderte sie die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft durch den Reichstag. Die Regierung will diese Ratifizierung bekanntlich ablehnen, weil das Reichsarbeitsministerium schwerste finanzielle Bedenken dagegen ausgesprochen hat, daß sechs Wochen vor der Entbindung die Wochenhilfe schon ausgezahlt werden soll. Es soll also den Frauen gestattet werden, sechs Wochen lang nicht zu arbeiten, aber man gibt ihnen nichts, wovon sie in dieser Zeit leben können. Dabei ist die Notwendigkeit des Schutzes schwangerer Arbeiterinnen längere Zeit vor der Geburt schon längst statistisch nachgewiesen durch die Feststellung des immer mehr in Erscheinung tretenden Rückganges der Geburten und des Geburtenüberschusses in Deutschland. Erschütternd ist auch die Zahl der Totgeburten und der im ersten Lebensjahr Gestorbenen. Hinzu kommt noch die große Zahl der Fehlgeburten, namentlich der Frauen, die in der Industrie beschäftigt sind, zu denen die Textilindustrie, wie bekannt, den höchsten Prozentsatz stellt. Auch die Feststellung, daß von den erwerbsfähigen Frauen im Alter von 20-40 Jahren 5 Proz. durch Fehlgeburten erkranken, ist als Folge der Beschäftigung schwangerer Frauen in der Industrie anzusehen und beweist, wie dringend notwendig der Schutz der schwangeren Arbeiterinnen, wie ihn unsere Organisation fordert, ist.

Das preussische Handelsministerium hat bereits am 27. Oktober 1924 in einem Erlaß die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Gewerbeaufsichtsbeamten — insbesondere der Gewerbeprüferinnen mit den in der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge beschäftigten Kreis- und Stadtfürsorgefrauen festgelegt und dabei betont, daß dem Schutze der gewerblich tätigen Schwangeren und Wöchnerinnen eine noch größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden müsse. Ganz besonders wird in dem Erlaß Wert darauf gelegt, daß die Fürsorgefrauen Beobachtungen über den Gesundheitszustand der Schwangeren, soweit Wahrnehmungen über den Einfluß der gewerblichen Arbeit vorliegen, den Gewerbeaufsichtsämtern mitteilen und den Beamten auch die Fälle bezeichnen, in denen eine die Schutzvorschriften des § 137 Abs. 6 der Gewerbeordnung nicht beachtende vorzeitige Aufnahme der gewerblichen Arbeit beobachtet wurde. Auch unsere in Crimmitschau bei der Schwangerenversammlung erhobenen Forderungen können ja nur unter Hinzuziehung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten erfüllt werden. Deshalb haben auch einige dieser Beamtinnen an der Versammlung teilgenommen.

Eine andere Abgeordnete hat die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten zum Anlaß genommen, um bei der Etatberatung ebenfalls den gesetzlichen Schutz schwangerer Arbeiterinnen zu fordern. Auch sie, ebenfalls Sozialdemokratin, kam zu dem Schluß, daß die Schonung schwangerer Arbeiterinnen noch immer sehr viel zu wünschen übrig lasse. Nach ihrer Meinung, die zweifellos von allen Müttern und anderen denkenden Frauen geteilt werden dürfte, wird die Arbeit der Mutter für das Kind im Mutterleibe zum Fluch. Die Zahl der in der Gewerbeaufsicht tätigen weiblichen Beamten müsse weiter vermehrt werden im Hinblick auf die schwangeren Arbeiterinnen wie auch zur Ausübung einer schärferen Kontrolle der Betriebe, namentlich der Textilindustrie, die zum Teil die Arbeitszeit der Arbeiterinnen willkürlich und ganz unverhältnismäßig verlängert habe. Wenn die Frauen, wie so oft gesagt wird, selbst zur Leistung von Ueberstunden drängen, so ist doch das nur ein Beweis dafür, wie erbärmlich niedrig die Löhne sind. Sie verlangte dann auch weiter gesetzlich geregelten Sommerurlaub für Jugendliche, weil durch den sozialpolitischen Abbau sich die gesundheitlichen Zustände der Jugendlichen außerordentlich verschlechtert hätten, so daß für die Jugendlichen, die in den Wintermonaten die Sonne überhaupt nicht mehr zu sehen bekommen, eine Erholung frei von der Arbeit in den Sommermonaten eine ganz selbstverständliche Forderung sei. Sie betonte auch die Notwendigkeit der Berufsausbildung und sachgemäßen Berufsberatung unter Hinzuziehung von Ärzten und Ärztinnen. Die immer wieder gegen die Minderwertigkeit der Frauenarbeit erhobenen Einwände, mit denen die schlechte Entlohnung begründet würde, können nur entkräftet werden, wenn für eine bessere Berufsausbildung auch der jungen Mädchen gesorgt würde. Diese sei für die Mädchen ganz besonders wichtig, denn sie würden viel mehr noch als die Jungen sofort von der Schule ins Leben hinausgetrieben, damit sie nur recht schnell verdienen. Verdienen in recht vielen Fällen, um erst die berufsmäßige Ausbildung ihrer Brüder zu ermöglichen. Wenn für gleichwertige Arbeit für beide Geschlechter gesorgt würde, dann wird auch nichts mehr gegen gleichwertige Bezahlung eingemendet werden können.

Unsere Leserinnen mögen aus dem Gesagten ersehen, wie wichtig die Vertretung der Interessen der Frauen und Jugendlichen in den Parlamenten durch Frauen ist. Kein Mann würde in diesen Fragen die Worte finden können, die einer Frau aus ihrem Erleben heraus sich auf die Lippen drängen. Sie mögen aber auch die Worte der einen Rednerin in bezug auf die Jugend sich zu eigen machen: Was uns nach dem Kriege noch geblieben, ist die heranwachsende Jugend. Wir müssen mehr als bisher für sie sorgen, mehr als bisher für ihre Entwicklung tun. Wir Gegenwärtigen sind nun einmal die Verantwortlichen für die Zukünftigen.

Erfahrung ist die Ueberzeugung von einer Wahrheit, die uns erst durch das Leben zum Verständnis gekommen ist. Erfahrung führt eine Wahrheit aus dem Kopfe in das Herz, aus dem Verstande in den Willen. Das Buch der Erfahrung ist mit Schweiß, Tränen und Blut geschrieben. Wir können freilich am leichtesten aus fremder Erfahrung klug werden, aber wir sind einmal von Natur zu unglücklich und müssen die Probe erst an uns selber durchmachen.

S. Müllensteffen.

Tatmenschen.

Von Max Ullrich, Dittersbach a. d. Elb.

Mehr als sechs Jahre sind vergangen seit jenen Novembertagen, da Hunderttausende aufstanden, glaubten, die Stunde der Erlösung, das Ende ihres Proletariatsdaseins, sei gekommen und — sie kam nicht. Ein Kampf unter Brüdern setzte ein, nahm Formen an, die mehr häßlich und abstoßend, als edel und sachlich waren, ein Kampf, der mehr als einmal nicht der höheren Sache wegen, sondern aus Selbstzweck geführt wurde. Das Heer der Enttäuschten wurde größer, und wer heute durch die proletarischen Massen geht, der begegnet auf Schritt und Tritt Gleichgültigen, Entmutigten oder — Schimpfenden. Fragen wir nach der Ursache, so wird der Hinweis auf die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage, die wir ja alle am eigenen Leibe spüren, die nächstliegende Antwort sein. Sie ist auch einleuchtend, denn man wird sagen, wenn es immer weiter abwärts geht, wer soll da noch Ideale haben. Diese Erklärung mag im allgemeinen genügen; sie ist aber nicht genügend und erschöpft in bezug auf diejenigen, die einmal sozialistische Ideen für erprobenswert hielten und die heute enttäuscht sind, weil sich ihre Erwartungen noch nicht erfüllt haben. Die Frage soll hier nicht von dem Standpunkt aus betrachtet werden, ob es, sagen wir einmal, „technisch“ möglich ist, in einer so kurzen Zeitspanne, wie es die sechs Jahre in der Entwicklungsgeschichte darstellten, Verhältnisse und Dinge zu ändern, die die Frucht eines jahrhundertelangen Wachstums sind. Bergegenwärtigen wir uns einmal die Tatsache, daß die Gewerkschaften und die Partei eine nach Millionen zählende Anhängererschaft besaßen, daß eine gut funktionierende Organisation vorhanden war, so könnte angenommen werden, daß viele Millionen — einzig in ihrem Willen und konsequent im Handeln — das Rad der Entwicklung im Sinne des Sozialismus ein gewaltiges Stück hätten vorwärts treiben können. Gewiß, es waren Hemmnisse vorhanden, die dieses Werk erschwerten; aber wir wissen auch, daß es in den meisten Fällen ein Zugschluß ist, nach der Zahl der Mitglieder die Schlagkraft und Stärke einer Organisation zu bewerten. Wir wissen heute, daß diese Millionen wohl organisierte Arbeiter, ein großer Teil davon aber keine Sozialisten waren. Denn wenn alle diese organisierten Arbeiter Sozialisten wären, so müßte deren Wirken längst das Proletariat durchdrungen, müßte der Sozialismus längst als Weltanschauung festen Fuß gefaßt haben, und müßte endlich der hochsozialistischen Geistes trotz der wirtschaftlichen Not uns aus allen Arbeiterveranstaltungen entgegenwehen und statt Bruderhaß Bruderliebe herrschen.

**Jugend heraus zum Jugendtag
in Dresden**

während der Pfingstfeiertage 1925.

Vorläufiges Programm: Begrüßungsfeier, Jugendleiterkonferenz, große Kundgebung, Kunstabend, Dampfschiffahrt und Wanderschaft in die Sächsische Schweiz.

Anmeldungen unter Nennung der Teilnehmerzahl an die Gauleitung Dresden.

Der Jugend ist die Aufgabe der Erneuerung zugefallen, und wir wären keinen Deut besser, wenn wir uns aufs Kritisieren beschränkten, statt zu handeln. Schauen wir uns doch einmal in unseren Reihen um, so werden wir feststellen müssen, daß noch sehr viel zu leisten ist, daß aber auch jeder daran mithelfen kann. Wohl haben wir eine gute Organisation, die uns alle umschließt, womit aber nicht gesagt sein soll, daß das Fleisch an diesem Gerippe gesund ist. Es gibt viele frange Stellen, die auszumergen wir bestrebt sein müssen. Schaut euch nur einmal um und ihr werdet manches sehen, was nicht sein soll. Hinaus aus der Jugendbewegung mit allem, was geeignet ist, ihrer Gesundheit Schaden zuzufügen!

Nicht das Tragen eines Abzeichens, einer Wanderkluft, lautestes Gröhlen, barhäuptig und barfuß laufen, machen andere Menschen. Auch ist es töricht, sich hoch erhaben über andere zu dünne, weil man die sehr wohl zu bekämpfenden gesellschaftlichen Unsitte und Gewohnheiten nicht mitmacht, weil man nicht raucht und nicht trinkt. Untaktisch ist es auch, sich gebildet zu wähnen, wenn man eine Biographie von Marx, Hegel, Feuerbach oder dergleichen gelesen hat und meint die gesamte sozialistische Wissenschaft zu beherrschen. Das allein beweist nämlich nicht, daß man den Gipfel höheren Menschentums erreicht hat. Wer all das tut, nur weil es andere machen, und weil es zumutgemäß ist, der ist ebenfalls nur ein Herdemensch, von denen es leider viel zu viele gibt. Alles Handeln soll bewußt sein, nicht Nachäffung; abgesehen von gefühlsmäßigem Handeln, das etwas Eigenes darstellt und natürlich ist.

Wer hat nicht schon an Feiern teilgenommen, bei denen eine Rede gehalten wurde, indem mit dem Gelächern: dem Sozialismus, d. h. der Menschheit zu dienen. Hat das auch jeder getan oder waren diese Worte in den Wind gesprochen, so wie die Menschen, die reichlich Beifall kassierten, auch wieder in alle Winde auseinanderflogen? Jedes Wort, das noch über unsere Lippen kommt, von Menschheitsliebe und Gemeinshaft, ist eine Lüge, wenn nicht durch die Tat bewiesen wird, daß es ernst gemeint ist. Das Wort Tatmenschen hat wohl schon jeder gehört. Wie ist es zu verwirklichen? Halten wir uns die Worte Landauers vor Augen: „Wer die Pflicht zur Gemeinshaft nicht spürt, der hat auch nichts mit ihr zu schaffen.“ Fühlen wir alle diese Pflicht in uns, wird es vorwärts gehen. Keine bessere Agitation können wir treiben, als durch die Tat; denn die Menschen glauben nur, was sie sehen.

Das eingangs über die Nicht-Verwirklichung des Sozialismus Gesagte wird vielleicht die Frage wecken, ob es nicht ein Bahn sei, an Ideen zu glauben, die niemals Wirklichkeit werden, sondern nur Ideen bleiben. Darauf ist zu antworten: Ueber Nacht und als reife Frucht wird er uns nicht besichert und doch: Der Sozialismus wird täglich neugeboren, d. h. sein Gedanke und seine Möglichkeiten, die allerdings nicht darin bestehen, so oft es uns beliebt, Revolutionen zu veranstalten. Täglich verkümmern ungezählte Keime, die darauf warten, zum Wachsen und Blühen gebracht zu werden durch sozialistische Handeln; sie verdorren, weil die Menschen achlos an ihnen vorübergehen oder weil sie es nicht für wert halten, Kräfte dafür einzusetzen.

Das Ringen um den Sozialismus sei durch zweierlei gekennzeichnet: einmal durch Forderungen an andere, deren Erfüllung uns ein menschlicheres Dasein ermöglicht, und zum anderen durch Forderungen an uns selbst, nämlich Beschränkung des Einzelegoismus auf das durch die Natur gegebene Mindestmaß, dafür aber Hingabe an die Gemeinshaft. Unter Gelächern sei: Wir wollen nicht mehr so viel vom Sozialismus reden und uns nicht nur Sozialisten nennen, sondern wollen Sozialisten sein!

Dresdner Jugendtag.

Im „Textilarbeiter“ wurde bereits auf die zu Pfingsten in Dresden stattfindende Jugendtagung des Deutschen Textilarbeiterverbandes hingewiesen. Der Verlauf der Tagung wurde inzwischen festgelegt. Am Pfingstamstag findet der Empfangsabend, am Sonntagvormittag finden eine Konferenz und eine Kundgebung, um die

Mittagszeit Beschäftigungen, nachmittags Spiele auf der Elbwiese, abends eine künstlerische Veranstaltung statt. Der Pfingstmontag ist einem Ausflug in die Sächsische Schweiz gewidmet, wobei voraussichtlich ein eigens dazu gemietetes Dampfschiff verwendet wird. Für Uebernachtungsgelegenheit ist gesorgt, es sind Massenquartiere vorbereitet. Das Programm ist derart, daß es den Jugendlichen Anregung und Aufrüttelung gewährt. Es ist zu hoffen, daß die Textilarbeiterjugend in großen Scharen nach Dresden kommen wird. Schon jetzt sollten Sparfassen eingerichtet werden, in welchen die Jugendlichen Beträge zurücklegen, um sich an der Fahrt nach Dresden beteiligen zu können. Erwünscht ist auch eine möglichst frühzeitige Anmeldung. Es werden Teilnehmermarken auszugeben, für welche ein mäßiger Betrag zu entrichten ist; die Gebühr für die Teilnehmerkarte begreift in sich das Eintrittsgeld für alle Veranstaltungen, den Satz für Uebernachtung und voraussichtlich auch den Fahrpreis für die Schiffsahrt, so daß besondere Auslagen nicht mehr erwachsen. Ueberall im Reich sollte gerüstet werden, so daß zu Pfingsten für die Textilarbeiterjugend aller Gauen die Parole gilt:

Auf nach Dresden!

Unberechtigte Maßregelung nach Beendigung eines Streiks.

Nach Beendigung von Streiks werden zwischen den Parteien sehr oft Vereinbarungen getroffen, wonach Maßregelungen der am Streit Beteiligten zu unterlassen sind. Würden in einzelnen Fällen dem Arbeitgeber besonders mißliebige Arbeitnehmer trotz bestehender Vereinbarung gemahnt, so haben die zur Entscheidung angerufenen Gerichte fast ausschließlich zugunsten der unrechtmäßig Entlassenen entschieden. Neuerdings hat nun das Landgericht III Berlin, 9. Zivilkammer, am 2. Oktober 1924 — Aktenzeichen 27 (18) O 363 23/46 — in einem ähnlich gelagerten Falle ein der herrschenden Ansicht entgegenstehendes Urteil gefällt, dessen Tatbestand und Entscheidungungsgang wir nachstehend wiedergeben:

Die Klägerin, die den Beklagten fristlos entlassen hat, verlangt mit der Klage die Feststellung, daß diese fristlose Kündigung dem Beklagten gegenüber zu Recht besteht, da ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 BGB. die sofortige Entlassung gerechtfertigt habe. Die Zulässigkeit der positiven Feststellungsklage wird zu Unrecht von dem Beklagten beantragt; denn da der Beklagte auch Vorsitzender des Angefallten- und Betriebsrats im Verwaltungsgebäude der Klägerin ist, so wird durch die positive Feststellungsklage zugleich auch die Frage entschieden, ob der Beklagte noch weiterhin Mitglied der Betriebsvertretung ist, bzw. nach § 96 letzter Satz BRG. wieder von der Klägerin einzusetzen ist.

Die Feststellungsklage beschränkt sich somit nicht allein auf die Gehaltsfrage, sondern geht viel weiter als diese Frage. Damit ist die Zulässigkeit der Feststellungsklage begründet.

Der Standpunkt des Beklagten, daß schon mit Rücksicht auf die von der Klägerin erlassene Bekanntmachung: „Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt“, seine Entlassung ohne weiteres ungerechtfertigt sei, erscheint unzutreffend; das Gericht tritt vielmehr insoweit den begründeten Ausführungen der Klägerin bei. Die Klägerin hat durch die Bekanntmachung, die sie selbst unterzeichnet hat, sich im Verhältnis zu ihren Arbeitnehmern im Prinzip des Rechts im Rahmen der Zustimmung gegeben, ihr Personal durch Kündigung bzw. Nichtwiedereinstellung zu maßregeln.

Es fragt sich also, wie die Klausel auszulegen ist, ob damit jede Maßregelung schlechthin in jedem Falle ausgeschlossen ist, oder ob lediglich die normale Streikbeteiligung die Maßregelung ausschließt. Bei „sinn- und wortgemäßer Auslegung kann die Zustimmung, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollen, nur für ein normales Verhalten beim Streit gelten, nicht aber für eine unter das Strafgesetz fallende Handlung, die der Streikende sich hat zuschulden kommen lassen.

Es bleibt deshalb die Frage zu entscheiden, ob nach dem Gesamtergebnis der Beweisaufnahme der Beklagte sich einer strafbaren Handlung anlässlich des Streiks schuldig gemacht hat.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß der Beklagte:

1. die Streitposten fortgesetzt aufgefördert hat, zusammenzuschließen und damit die Behinderung Arbeitswilliger am Betreten der Arbeitsstätte veranlaßt hat;
2. daß er teils die Anweisung gegeben hat, von den Arbeitswilligen Ausweise zu fordern, teils selbst Ausweise verlangt hat;
3. daß er den Zeugen E., wie auch einen jungen, mit Namen nicht bekannten Mann mit Gewalt am Betreten des Gebäudes zu hindern versucht hat.

Da der Beklagte sich gelegentlich des Streiks strafbarer Handlungen schuldig gemacht hat, so steht ihm ein Schutz aus der erwähnten Bekanntmachung nicht zu. Es mag an dieser Stelle unerörtert bleiben, ob schon auch ein sonstiges nicht normales Verhalten, auch wenn es gegen die Strafgesetze nicht verstößt, die Wohlthat der Klausel auszuschließen geeignet ist. Die dem Beklagten zur Last fallenden Handlungen während des Streiks stellen in jedem Falle einen wichtigen Grund der fristlosen Auflösung des Dienstverhältnisses gemäß § 626 BGB. dar, um so mehr, als der Beklagte auch wegen seiner ehrenamtlichen Eigenschaften zu besonderer Vorsicht verpflichtet gewesen war.

Prof. Dr. Sinzheimer, Frankfurt a. M., nimmt zu dieser seltenen Urteilsbegründung Stellung und führt hierzu in Heft 3, Jahrgang 54, S. 288, der „Juristischen Wochenschrift“ folgendes aus:

Die vorliegende Entscheidung bejaht grundsätzlich mit Recht die rechtliche Verbindlichkeit der einseitig erlassenen Bekanntmachung: „Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.“ Die Bekanntmachung enthält den Verzicht auf das Kündigungsrecht des Arbeitgebers für bestimmte Fälle. Allerdings bedarf ein solcher Verzicht der Annahme durch die Gegenseite. Diese Annahme ergibt sich aus der Kenntnisnahme der Bekanntmachung durch die Beteiligten und einem ihrem Inhalt entsprechenden Verhalten (Wendung zur Arbeit usw.). Es fragt sich nur, in welchem Sinne jene Bekanntmachung auszulegen ist. Die Auffassung der Entscheidung, daß nur bei normaler, d. h. nicht strafbarer Streikbeteiligung der Verzicht auf das Kündigungsrecht gelten sollte, ist nicht zu billigen. Bei „sinn- und wortgemäßer Auslegung“ kann die Bekanntmachung nur so verstanden werden, daß eine Kündigung streifender Arbeitnehmer wegen der Beteiligung am Streit nicht erfolgen soll. Die Kundgebung ist ganz allgemein gehalten. Hätte eine Ausnahme im Sinne der Entscheidung getroffen werden sollen, so wäre es nach Treu und Glauben erforderlich gewesen, diese Ausnahme ausdrücklich in die Bekanntmachung aufzunehmen. Nach dem allgemeinen Inhalt der Bekanntmachung dürften alle am Streit beteiligten Arbeitnehmer annehmen, daß sie keiner Maßregelung ausgesetzt seien. Im Vertrauen auf den allgemeinen Inhalt der Bekanntmachung haben die streifenden Arbeitnehmer ihr Verhalten eingerichtet. Sie konnten und durften erwarten, daß in Ermangelung einer ausdrücklichen Einschränkung für alle streikbeteiligten Arbeitnehmer der Ausschluß der Maßregelung gelten sollte. Es kommt einer reservatio mentalis (Gedankenvorbehalt) bedenklich nahe, wenn sich der Arbeitgeber im Prozeß auf eine Einschränkung beruft, die er nirgends ausgesprochen hat. Erklärungen, die wirtschaftliche Kämpfe beendigen sollen, müssen, um weitere Kämpfe und bittere Nachgefühle zu vermeiden, offen und klar, nicht „diplomatisch“ sein. Sind sie dies aber nicht und entstehen Zweifel, so sollen die Nachteile nicht diejenigen tragen, die dem Wortlaut getraut, sondern diejenigen, die ihn formuliert haben. Die Entscheidung läßt alle diese Gesichtspunkte außer Betracht.

Wir schließen uns der Ansicht Prof. Dr. Sinzheimers vorbehaltlos an, da sie mit der herrschenden Ansicht in vollem Einklang steht.

Kommunistische Vorschlagslisten sind abzulehnen, weil deren Kandidaten lediglich zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht werden!

Der deutsche Textilaußenhandel im Dezember und im Jahre 1924.

An dem deutschen Textilaußenhandel ist zunächst bemerkenswert, daß im Dezember die Einfuhr auf Grund der Vorkriegswerte den Monatsdurchschnitt von 1913 überstiegen hat, währenddem die Ausfuhr im Dezember trotz ihrer Zunahme auf Grund der Vorkriegswerte erst wieder 67 v. H. des Monatsdurchschnittes von 1913 erreichte. Der deutsche Außenhandel zeigt folgende Zahlen:

Novemb. 1924	Dezemb. 1924	+ oder - in Prozent	Januar-Dezemb. 1924	Novemb. 1924	Dezemb. 1924	+ oder - in Prozent	Januar-Dezemb. 1924
Textilstoffe und halbfertige Waren							
Einfuhr							
185,13	211,41	+56,4	1840,45	1799,68	+46,0	6899,32	
Ausfuhr							
17,88	19,01	+9,4	241,97	59,69	+12,0	841,75	
Fertige Textilwaren							
Einfuhr							
89,49	130,44	+45,8	1107,77	94,84	+128,99	1203,60	
Ausfuhr							
87,92	85,67	-2,5	1070,77	86,55	-118,22		

Bemerkenswert ist, daß die Einfuhr von Textilrohstoffen und Halbfertigfabrikaten um 56,4 Proz. gestiegen ist, währenddem die Ausfuhr nur um 9,4 Proz. stieg. Die Einfuhr an fertigen Textilwaren ist von 89,49 auf 130,44 also um 45,8 Proz. gestiegen, währenddem die Ausfuhr an Fertigfabrikaten wiederum 2,5 Proz. zurückgegangen ist. Aus diesen Ausfuhrziffern ersieht man so recht das Bedenkliche des Textilaußenhandels. Wenn auch von den eingeführten Fertigwaren ein Teil wieder ausgeführt wird, so kann uns dieses in keiner Weise trösten, weil doch der Teil, der von unserer eigenen Produktion ausgeführt wird, allzu niedrig ist. Der fertige Rückgang der Fertigwarenausfuhr ist recht bedenklich für die zukünftige Gestaltung der Textilindustrie. Die Textilindustrie ist wohl auf eine gewisse Zeit hinaus, mit wenig Ausnahmen, voll beschäftigt. Der Innenmarkt allein reicht aber nicht aus, um auch fernerhin einen günstigen Beschäftigungsgrad für die Textilindustrie zu verbürgen. Wir haben in der Vorkriegszeit ein Drittel unserer Produktion ausgeführt; gelingt es uns nicht, diese Außenhandelsposition wieder zu erreichen, dann bedeutet dies eine starke Verschlechterung der deutschen Textilwirtschaft. Ob der Abschluß von Außenhandelsverträgen mit den verschiedensten Staaten eine Besserung unserer Außenhandelsziffer für Textilindustrie bringen wird, ist mehr als zweifelhaft, zumal sich seit 1914 auf dem Weltmarkt die Dinge grundlegend verschoben haben. Es sind neue und gefährliche Konkurrenten erschienen. Wir verweisen nur auf Japan. Dazu kommt noch, daß China in aller Wähe ebenfalls in verstärktem Maße versuchen wird, Textilwaren zu exportieren. Zu einem besondern Optimismus, auf Grund der gegenwärtigen Lage der Textilindustrie, ist also nicht der geringste Anlaß gegeben. Wie sich die Textilwareneinfuhr seit 1913 gestaltet hat, ergeben folgende Ziffern:

1913	1922	1923	1924
2775,9	1857,5	1316,9	1680,7

Die Einfuhr in Wolle beträgt 1924 gegenüber 1913 72 v. H. und die der Baumwolle 58 v. H. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren hat sich in folgender Weise gestaltet:

1913	1922	1923	1924
533,8	241,4	260,8	256,7

Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren aus Wolle betrug 1924 gegenüber 1913 53 v. H. und deren aus Baumwolle 54 v. H.

Die Ausfuhr an Fertigwaren gegenüber 1913 gestaltete sich in folgender Weise:

1913	1922	1923	1924
2091,7	1053,3	13220,4	1032,4

Die Ausfuhr an Fertigwaren 1924 ist noch hinter der von 1922 zurückgeblieben. Prozentual betrug die Ausfuhr an Fertigwaren aus Wolle 49 v. H. gegenüber 1913 und aus Baumwolle 43 v. H. Diese Ausfuhrziffern für Fertigfabrikate können in keiner Weise ermutigen.

Im Jahre 1924 haben die Ausfuhrziffern für Fertigfabrikate besonders geschwankt. Zu Anfang des Jahres betragen sie beinahe 100 Doppelzentner (in 1000 Doppelzentner), sie sind dann bis zum Juni beständig zurückgegangen und sanken auf 78,12 Doppelzentner (in 1000 Doppelzentner). Sie stiegen dann wiederum bis August auf 101,9 Doppelzentner (in 1000 Doppelzentner) und gingen zurück auf 85,67 Doppelzentner (in 1000 Doppelzentner) im Dezember 1924.

Wir haben wiederholt betont, daß eine Steigerung unserer Außenhandelsziffer lediglich von einer besseren Preisgestaltung abhängig ist. Dies kann nur erreicht werden, wenn erstens einmal die hemmenden Kartellbestimmungen beseitigt werden, und zum zweiten, wenn die deutsche Textilindustrie endlich daran denkt, ihre Betriebe technisch und betriebsorganisatorisch so auszugestalten, daß sie der ausländischen Konkurrenz die Spitze bieten kann.

Berichte aus Fachkreisen.

Chemnitz. Am Dienstag, den 10. Februar 1925, fand im „Volkshaus“ die Generalversammlung der Ortsgruppe Chemnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt, welche gut besucht war. Kollege Florisch gab den Geschäftsbericht über das Jahr 1924. Er führte aus, daß das vergangene Jahr für einen erheblichen Teil der Textilarbeiterschaft als ein schicksalsschweres bezeichnet werden müsse. Ein beträchtlicher Teil der Textilarbeiterschaft sei monatelang nur ungenügend beschäftigt gewesen. Von Anfang Mai bis September war infolge der erheblichen Geld- und Kreditnot in den verschiedensten Branchen der Industrie eine Einschränkung der Arbeitszeit, sowie teilweise Betriebsstilllegungen und Entlassungen von Arbeitern zu verzeichnen. Erst nach Annahme des Dawes-Gutachtens bzw. der hierzu notwendigen Gesetzesbestimmungen vom 30. August trat eine merkliche Besserung des Beschäftigungsgrades in der Textilindustrie ein.

Die Lohnsätze sind im Jahre dreimal einer Änderung unterzogen worden. Bei den verschiedensten Verhandlungen sei eine Einigung betr. eines Neubestimmens der Lohnsätze nicht zu erreichen gewesen. Mehrmals hätte demzufolge der Schlichtungsausschuß bzw. Schiedsgericht beim Arbeitsministerium zur Entscheidung in verschiedenen Streitfällen angerufen werden müssen. Im Anfang des Berichtsjahres seien auch die Kartellbestimmungen rückgängig worden und bei den stattgefundenen Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen gewesen. Ein am 5. Februar gefällter Schiedspruch brachte eine Neuregelung der Arbeitszeit sowie die Regelung der Ferienfrage. Im Dezember des Jahres wurden die Mantelbestimmungen von Seiten der Gewerkschaften genehmigt. Bei den hierauf erfolgten Verhandlungen zeigte sich, daß der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie

beabsichtigte, eine Unmenge von Verschlechterungen für die Arbeitererschaft herbeizuführen. Ein hierauf vom Schiedsgericht in Dresden gefällter Schiedspruch, in welchem in der Ferienangelegenheit eine Milderung vorgesehen ist, sei dann von beiden Kontrahenten anerkannt und vertraglich vereinbart worden.

Streiks und sonstige ernste Lohnkämpfe waren insgesamt in 17 Einzelfällen zu verzeichnen. Versammlungen, Sitzungen usw. haben im Berichtsjahre 739 stattgefunden. Außerdem wurde vom 18. bis 22. Juni eine allgemeine Werbewoche vom Hauptvorstand festgelegt. An der Werbewoche beteiligten sich in opferwilliger Weise sämtliche Funktionäre. Eine größere Anzahl Mitglieder wurde für die Organisation dabei gewonnen. In einer größeren Anzahl Ortschaften haben im Herbst des Jahres Hausagitationen stattgefunden, welche ebenfalls günstige Resultate für die Organisation zeitigten. Der Arbeiterinnenbewegung sei gleichfalls von der Verwaltung große Aufmerksamkeit zuteil geworden. Eine größere Anzahl Versammlungen mit belehrenden Vorträgen, sowie Bestätigungen von gemeinnützigen Anstalten, des weiteren eine Bestätigung der Textilschau in Dresden, an welcher sich eine größere Anzahl Kolleginnen beteiligt hätte, haben stattgefunden. In der Jugendbewegung sei leider ein Fortschritt nicht zu verzeichnen. Der Betriebsratsbewegung sei seitens der Textilarbeiterschaft im letzten Jahre nicht die gebührende Bedeutung beigemessen worden. Ein erheblicher Teil der Textilbetriebe sei demzufolge durch die Ignoranz der Arbeitererschaft ohne Vertretung.

Aufgabe der Kollegenchaft müsse es sein, im Jahre 1925 das Verfaßnis nachzuholen und in allen Betrieben Betriebsvertretungen zu wählen. Obwohl die Organisation in der ersten Hälfte des Jahres einen bedeutenden Rückgang der Mitgliedschaft zu verzeichnen hatte, machte sich bereits am Ende des Jahres wieder ein Aufstieg bemerkbar. Auch hat sich der Beitragsmarkenumsatz am Schluß des Jahres mehr als verdoppelt. Pflicht und Aufgabe der Kollegenchaft müsse es sein, im Verein mit der Verwaltung auch im kommenden Jahre alle Kräfte anzuspannen, um der Organisation neue Mitglieder zuzuführen und dieselbe finanziell und organisatorisch nach innen auszubauen, um für alle evtl. eintretende Kämpfe gerüstet zu sein.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Meher. Auf Antrag der Revisoren wurde demselben Entlastung erteilt. Zum Geschäftsbericht sprach Kollege Hillig und brachte zum Ausdruck, daß es die Schuld der linksradikalen Richtung sei, daß die Organisation einen derartigen Rückgang aufzuweisen hätte. Fortgesetzt habe man die Einheitsfront von jener Seite gepredigt, während man auf der anderen Seite die Organisation, sowie deren Einrichtung, die Angestellten und sonstige Funktionäre in der niederträchtigsten Weise herabgewürdigt hätte. Dadurch sei das Vertrauen zur Organisation bei der Arbeiterschaft untergraben worden. Diese Leute seien sich durchaus noch nicht darüber klar, daß jede Gewerkschaft, und wenn sie noch so revolutionär sei, hinsichtlich ihrer Handlungen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen stets zu rechnen habe. Pflicht und Aufgabe aller müsse es sein, sich abzuwenden von jenen Leuten, welche nur im Auftrage einer bestimmten politischen Partei innerhalb der Gewerkschaft ihre Tätigkeit ausübten, die jedoch nicht im Interesse der Gewerkschaft selbst liege. Einheitslich müßten alle Kollegen zusammenstehen und agitatorisch arbeiten, um gemeinsam die Organisation wieder vorwärts zu bringen.

Hierauf erfolgten die Wahlen. Zur Ortsverwaltung wurden einstimmig gewählt: Florisch, Görner als Vorsitzende; Meher, Lindner als Kassierer; Hillig, Büttner, Wagner, Armisch, Müller, Leopold als Beisitzer.

Als Revisoren die Kollegen Claußnitzer, Ludwig und Kollegin Schellenberger. Die Kommunisten, welche nur noch in einer Stärke von 5 Personen vertreten sind, hatten hierzu Vorschläge nicht gemacht. Zur Schlichtungskommission wurden gewählt: Heidler, Grubne, Richter, E. und Böll. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden gewählt: Kollegin Habertorn, Kollegen Böll und Lindner. Der von den Kommunisten vorgeschlagene Kollege erhielt 5 Stimmen.

Zum Schluß machte noch Kollege Görner auf die am Freitag, den 6. März 1925, im „Volkshaus“ stattfindende Jubiläumsfeier, bestehend in Konzert, Gesang, Festansprache und Ball, aufmerksam und bat um recht zahlreiche Beteiligung.

Kassel. Das Geschäftsjahr 1924 vor der Jahresversammlung. Die 5. Delegiertenversammlung tagte am Sonntag, den 1. Februar, im Gewerkschaftshaus mit Teilnahme fast sämtlicher Delegierten. Es waren erschienen 21 Delegierte, 8 Verwaltungsmitglieder und 2 Vertreterinnen der Textilarbeiterinnenkommission. Ferner nahm Gauleiter Kollege Edel an der Tagung teil. Unter den Teilnehmern war auch ein Subkoll. Kollege Walter Diegel, der 2. Geschäftsführer und Kassierer unserer Verwaltungsstelle, konnte am 1. Februar auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserem Verbande zurückblicken. Des frühen Ereignisses wurde vom Vorsitzenden in entsprechenden Worten gedacht und dem Jubilar Anerkennung und herzlichste Wünsche dargebracht. Zweckmäßigerweise hatten die Belegschaften in erster Linie Kollegen als Delegierte entsandt, die auch sonst als Funktionäre für die Organisation tätig sind. Diese selbstverständliche Auswahl wollte ein Kollege nicht gelten lassen, fand aber den einstimmigen Widerspruch der Versammlung. Auch ein Antrag bezüglich der Wahl der Delegierten von den betreffenden Kollegen wurde ebenfalls mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt, da die Wahl der Delegierten hinreichend in den bestehenden Richtlinien für die Delegiertenversammlung geregelt ist. Fast einstimmig wurde aber folgender von der Ortsverwaltung gestellter Antrag angenommen: „Dringende Aufgaben der Delegiertenversammlung können von den Verwaltungsmitgliedern und den Betriebsräten in Kassel erledigt werden.“

Der vorliegende schriftliche Bericht über das Geschäftsjahr 1924 wurde durch ein Referat des Kollegen Kolbe ergänzt. Er führte u. a. aus: Das Geschäftsjahr 1924 war mühevoller Arbeit, ein Jahr des Kampfes gegen die mit Hilfe kommunistischer Heherei stark gewordene Reaktion. Die Inflation war mit Ende 1923 zum Abschluß gekommen, aber ihre Wirkungen lebten in der Textilarbeiterschaft gegenüber unserer Organisation weiter. Hatte man während der Inflationszeit nicht nur niedrige, sondern auch entwertete oder gar wertlose Beiträge gezahlt, so waren zu Beginn des abgelautenen Geschäftsjahres Bestrebungen vorhanden, die Beitragszahlung nach Belieben zu gestalten. Die dagegen gefaßten Verbandsbeschlüsse führten zu der notwendigen Klärung und Besserung. Mit ihrer Hilfe konnte dann auch trotz aller Schwierigkeiten ein gutes Stück Arbeit geleistet werden. Mit sechs Lohnbewegungen wurde der Spitzenlohn von 30 Pf. am Anfang des abgelautenen Jahres auf 42 Pf. mit Beginn des neuen Jahres pro Stunde gesteigert. Besonders schwer war es, die Arbeitszeit zu erhöhen. Aber auch dieses wurde noch vieler Mühe und vergeblichen Versuchen schließlich doch erreicht. Auch den Forderungen des Unternehmertums nach verlängerter Arbeitszeit setzte stets die Organisation ihren absehbaren Standpunkt entgegen; ohne dies wäre die Reaktion mit der Verlängerung der Arbeitszeit noch weiter vorgegangen. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß in einem Betrieb nicht nur 53, sondern sogar 56 Stunden pro Woche, und zwar ohne Ueberstundenzuschlag gearbeitet wird. Die zurückliegenden Kämpfe für die Lohn- und Arbeitszeitgestaltung deuten auch auf schwere Kämpfe im neuen Jahr. Sie können nur siegreich geführt werden, wenn sofort eine umfangreiche, ununterbrochene, vorbereitende Organisationsarbeit einsetzt. Der Kollege Diegel zeigte in seinem Kassenbericht, daß der durch die Inflation verursachte Tiefstand überwunden ist und die Organisation von Quartal zu

Quartal weiter ihren Aufstieg nimmt. An erwerbslose, franke und in besondere Not geratene Mitglieder konnte ab Juli bis Dezember eine Unterstützung von 2644 Mk. gezahlt werden. Noch viel größer hätte die Hilfe in manchem Einzelfalle und auch in ihrer Gesamtheit sein können, wenn alle Mitglieder ihre Beiträge in der vorgeschriebenen Höhe entrichtet hätten. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß mit niedrigen Beiträgen die Kollegen und Kolleginnen nicht nur die Kassenentlastung der Organisation, sondern sich direkt selbst mißschädigen. Auch stellte Kollege Diegel fest, daß in den Betrieben und Orten, wo die vorgeschriebene Höhe der Beiträge gezahlt wird, auch die Organisation viel schneller vorwärts schreitet. Die Diskussion, an der sich die Kollegen Rinninsland, Klinge und Edel beteiligten, bewegte sich im Sinne der Berichte. Kollege Rinninsland wünschte allen Textilarbeitern die Erkenntnis, daß Lohn- und Arbeitszeitfragen Machtfragen sind. Siegen wir die Macht der Organisation, dann heben sich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Können man auch mit dem Erreichten nicht zufrieden sein, aber der Organisation gebühre Dank für das im vergangenen Jahre Geleistete. Besonders wirkungsvoll sprach Kollege Edel über die notwendige Höhe der Beitragsleistung sowie über die vom Kollegen Rinninsland angeschnittenen Fragen der Arbeitsgemeinschaft und der Taktik der außerhalb derselben gestandenen Gewerkschaften. — Die vorliegende Ortsverwaltung wurde nahezu einstimmig wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender Kolbe; 2. Vorsitzender Max Wolff; Kassierer Diegel; Schriftführer Harwig, Revisoren Kopp, Anna Medeler, Müller, Freitag; Jugendleiter Förster. — Mit einem kurzen zusammenfassenden Schlußwort des Vorsitzenden fand die Versammlung nach sechs Stunden angestrengter Arbeit mit einem Hoch auf die Organisation ihr Ende.

Leipzig. Die Generalversammlung der Filiale Leipzig des Deutschen Textilarbeiterverbandes tagte am Dienstag, den 27. Januar, im Volkshaus. Den Jahresbericht gab der Kollege Panzer. Aus demselben ist die Tarifbewegung im verfloffenen Jahre hervorzuheben. Es fanden drei Lohnbewegungen statt, welche jedoch nur ganz geringe Erhöhungen brachten. Die Arbeitszeit mußte eine Verschlechterung erfahren, und zwar wurde dieselbe von 46 Stunden auf 53 Stunden heraufgesetzt. Alle Tarifbewegungen fanden ihre Erledigung vor dem Schlichter. Zu beachten ist, daß sich gerade im Textilarbeiterverband mit seiner vorwiegend weiblichen Mitgliedschaft die Fluktuation am stärksten bemerkbar macht. Aus diesem Grunde ist die gewerkschaftliche Aufklärung doppelt schwer. Dazu kommt noch, daß unter den 9000 weiblichen Beschäftigten sich jetzt 4000 verheiratete Frauen befinden, die nur mit großer Mühe für den Verband zu gewinnen sind. Alle Arbeiter aus anderen Berufen müßten daher darauf sehen, daß ihre Frauen, sobald diese in der Textilindustrie Arbeit annehmen, auch der Organisation beitreten; denn diese ist der einzige Schutz für die Arbeiterschaft.

Von den an das Gewerbegericht eingereichten 60 Klagen konnte der größte Teil erfolgreich für die Arbeiterschaft durchgeführt werden. — Unter den im Jahre stattgefundenen 440 Sitzungen und Versammlungen waren 38 Funktionärsitzungen, an denen sich 173 Kolleginnen und 120 Kollegen beteiligt haben, während 41 Kolleginnen und 31 Kollegen als Gehilfe zu verzeichnen sind.

Im allgemeinen hat der Verband erfolgreiche Arbeit geleistet, womit aber nicht gesagt sein soll, daß man zufrieden sein kann. Es fehlt noch ein beträchtlicher Teil von den in der Textilindustrie Beschäftigten in der Organisation; diesen zu gewinnen, muß unser eifrigstes Bestreben sein.

Den Kassenbericht für das vergangene Jahr gab der Kollege Philipp. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 86 000 Mk. Am Jahresluß ist ein Bestand von 7000 Mk. vorhanden. — Rönner mußte noch werden, daß ein Teil der Mitglieder nicht in die Klasse steuert, welche für sie in Frage kommt; dadurch geht den Mitgliedern selbst und der gesamten organisierten Textilarbeiterschaft viel verloren. Die sich an den Jahresbericht anschließende Diskussion ergab die allgemeine Zustimmung. Zu Punkt 2: Wahl des Vorstandes, der Revisoren und der Delegierten zur Gaukonferenz, lag eine Vorschlagsliste der Vertrauensleute vor. Die Kommunisten konnten es aber nicht unterlassen, diese durch eigene Vorschläge zu ergänzen. Bei der Wahl erhielt jedoch die Vorschlagsliste der Vertrauensleute eine übergroße Majorität. Gewählt wurden in den Vorstand der Kollege Kurt Richter als Vorsitzender, ferner die Kollegen Albert Käber, Carl Nagel, Otto Bekichte, Woldeemar Bräutigam, Otto Heinemann, Walter Grimmer, Elisabeth Freier, Wilhelm Elemen, Bruno Seifert, Otto Herzog, Paul Jacob und Paul Geiler; als Revisoren die Kollegen Otto Naumann, Franz Rühemann und Emil Naumann; als Delegierte zur Gaukonferenz die Kollegen Georg Panzer, Kurt Richter, Carl Nagel und die Kollegin Frieda Streller. Der 3. Punkt der Tagesordnung: Anträge, wurde dadurch erledigt, daß die vier vorliegenden Anträge der Kollegen von links nicht die nötige Unterstützung fanden.

Briefkasten.

Dobbert, Meisen. Die am Sonntag, den 22. März in Dresden stattgefundenen Konferenz der Textilarbeiter Sachsens hat die Haltung des Hauptvorstandes gebilligt. Wir schließen aus diesem Grunde die Diskussion und müssen infolgedessen den Abbruch meines Artikels ablehnen. Hillig, Chemnitz. Abdruck wird abgelehnt.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 8. März ist der Beitrag für die 11. Woche fällig

Gauleiterwahl für Sachsen. Die Wahl hat am 22. Februar stattgefunden. Gewählt wurde Kollege Gustav Zwahr-Dresden. Allen Bewerbern besten Dank.
Verlorene Bücher. Die Bücher auf die Namen: Elisabeth Jellenberg, eingetr. am 8. August 1921, geb. den 12. März 1907, Buch-Nr. 1249 808, und Emma Altman, geb. am 11. Juli 1898, eingetr. am 7. Mai 1919, Buch-Nr. 1208 101, sind als verloren gemeldet worden. Bei evtl. Neuauffinden sind dieselben einzuliefern und an den Vorstand einzuliefern.
Der Hauptvorstand.
Adressenänderungen. Gau Barmen. Rastätten ist zu streichen. Gau Stuttgart. Kirchheim. Led. V.: Julius Fren, Schneidstraße 10. Weil der Stadt.
V.: Karl Haug, Grabenstr. 425. Grüntraut Post Ravensburg. V.: Gregor Brey, Schreidsberg Ged in Grüntraut. K.: Georg Wagner. Alle Sendungen an den Vorsitzenden.
Gau Augsburg. Hof. V.: Erhardt Sörgel, Lärighstr. 1.
Gau Dresden. Freiberg. V.: Bruno Schroer, Unterhofstraße 12. K.: Max Weiß, Prüferstraße 8. Alle Sendungen an Schroer, Langenfeld. V.: Paul Reinhold, Grün 30.
Gau Berlin. Wittstock. V.: Hermann Mitat. Alle Sendungen an den Kassierer Ludwig Dittmann, Unterfaltenstr. 114.

Zusammenkünfte.

Jüstenwalde. Dienstag, den 17. März 1925: Versammlung Restaurant zum Trianon, Otto Wächlin, Garten- und Trianonstraßen-Ecke.

Verlag: Karl Hüblich in Berlin, Magasinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hans Bressel in Berlin. — Druck: Fortwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.